



KORNFÄHRE



Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International

erscheint seit 1983

Nr.110 März 2001

Solidaritätspreis: ÖS 20.-

Die richtige Wahl: Sozialistische Linkspartei

Dank der amtlich beglaubigten Unterstützung von 115 Menschen steht in Margareten und im Wahlkreis Zentrum zum ersten Mal die Sozialistische Linkspartei zur Wahl. Für eine kleine Partei ohne mächtige GeldgeberInnen im Hintergrund ist alleine schon das Überspringen dieser Hürde ein großer Erfolg. Die SLP bedankt sich bei allen UnterstützerInnen.

VON HARALD MAHRER,
SLP WIEN-NORD

Doch uns bleibt nicht viel Zeit, um uns bei unseren UnterstützerInnen zu bedanken. Jetzt heißt es, mit vollem Elan in den eigentlichen Wahlkampf zu starten. Wir hoffen, dass uns möglichst viele auf diesem Weg folgen, in dem sie sich aktiv an den Wahlkampfaktivitäten beteiligen. Dabei ist es Nebensache, ob man in den betreffenden Bezirken (1,4,5 oder 6) wohnt.

BLAUSCHWARZ ETWAS ENTGEGENSETZT

Weder die SPÖ noch die Grünen waren entscheidend an der Widerstandsbewegung gegen die neue Regierung beteiligt. Sie ließen sich zwar beim Großaufmarsch am 19. Februar 2000 sehen, sonst blieb es aber bestenfalls bei Sonntagsreden. Der wahre Widerstand wurde von ganz normalen Menschen getragen, nicht von der Großen Politik. Die meisten Demonstrationen wurden von kleinen Organisationen und Parteien, wie der Sozialistischen Linkspartei, getragen. Es braucht den aktiven Widerstand auf der Straße und mehr noch in den Betrieben, um den blauschwarzen Angriffen etwas Wirksames entgegen zu setzen.

„ROT“-GRÜNER MYTHOS

Weder die SPÖ noch die Grünen setzen auf eine solche Politik. Stattdessen präsentieren sich die Grünen als „bessere Koalitionspartner“ der SPÖ. Auch wenn beteuert wird, die eigenen Prinzipien (welche eigentlich?) nicht aufzugeben, hat es den Anschein, dass sich Chorherr bereits als designierten Stadtrat sieht. Die SPÖ beginnt ihren Wahlkampf, wie sie den letzten verloren hat. Sie beschwört:

In Wien sei „eh alles leiwand“. Wer will, dass alles so bleibt wie es ist, wählt SPÖ. Dieser SPÖ-„Stillstand“ ist Rückschritt, wenn auch langsamer als bei seinem blauschwarzen Konterpart auf Bundesebene. Häupl und sein Team haben bei den Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund den Sozialabbau der Regierung akzeptiert. Auch die „rot“-schwarze Stadtregierung strebt Privatisierungen und Ausgliederungen an, was tausende Arbeitsplätze kosten und das Service verschlechtern wird. Die Grünen setzen dieser Entwicklung nichts entgegen.

FLAUER WAHLKAMPF

Die FPÖ versucht verzweifelt, „rot“-grüne Gespenster an die Wand zu malen. Sonst fällt ihr nichts ein, was auf ihren Zustand schließen lässt. Die ÖVP versucht etwas moderater vor „rot“-grün zu warnen. Lächerlich, weil die „rot“-schwarze Neuauflage so gut wie ausgemacht ist.

DER WAHLKAMPF DER SLP

Die SLP führt einen aktiven Wahlkampf der ganz anderen Art. Wir haben gar nicht das Geld, um einen farblosen Hochglanzplakat-Wahlkampf zu führen. Nicht nur aus diesem Grund, sondern aus der Überzeugung heraus, direkt an die Menschen herankommen zu müssen und sie möglichst aktiv in den Wahlkampf einzubinden, veranstaltet die SLP Kundgebungen in jenen Bezirken, in denen wir uns der Wahl stellen. In den vielen Diskussionen mit den Menschen in den Straßen Wiens wird deutlich, dass viele Menschen überrascht sind, dass es auch wirklich „andere“ Parteien gibt. Mit unseren Themen – alle sehr „bundespolitisch“ – gemeinsam aktiv gegen Sozialabbau, Privatisierungen, Rassismus und FPÖ stoßen wir auf reges Interesse.

LINKS WÄHLEN, ABER RICHTIG

In Zeiten wie diesen brauchen wir kein „kleineres Übel“. Es geht darum, überhaupt kein Übel zu wählen. „Ist eine Stimme für die SLP nicht eine verlorene Stimme?“, werden wir auf unseren Kundgebungen gefragt. Wir sagen: Eine verlorene Stimme ist eine Stimme für eine Partei, die nicht für die Interessen ihrer WählerInnen kämpft – und das unabhängig von der Größe der Partei. „Rot“-grün zu wählen wäre eine verlorene Stimme, oder besser eine verlorene Hoffnung. Abgesehen von der Unwahrscheinlichkeit, dass „rot“-grün tatsächlich kommt, wäre es eine Fortschreibung der alten Politik in anderen Farben.

Die SLP ist noch zu klein, um in ganz Wien zu kandidieren. Um ein deutliches Signal „links von SPÖ und Grüne“ zu setzen, rufen wir daher auf, im 9. Bezirk die „Linke Liste Alsergrund“ (siehe Artikel S. 2), im 16. „Ottakring gegen Schwarzblau“ und in jenen Bezirken, in denen keine Alternative links der KPÖ zur Wahl steht, die KPÖ zu wählen. Damit ist zumindest die Richtung des Protestes klar. Das ist wirkungsvoller als bloßes Nichtwählen.

ÜBER DIE WAHL HINAUS AKTIV

Die SLP fängt nicht erst heute an. Die Mitglieder und AktivistInnen der SLP sind seit Anfang der 80er Jahre politisch aktiv – v.a. auch im fünften Bezirk. Wir wurden 1992 aus der Sozialistischen Jugend Margareten (damals aktive linke SPÖ-Jugend) ausgeschlossen. Im gleichen Jahr gründeten wir mit 250 TeilnehmerInnen in der VHS-Stöbergasse „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (heute JRE und SchülerInnenAktions-Plattform SAP). Wir führten eine Kampagne gegen den Margareter FPÖ-Chef Dietmar Brandl, die mit seinem Rücktritt endete, sowie Kampagnen im Gewerkschaftsbereich und für Frauenrechte durch. In Margareten und im Wahlkreis Zentrum (1, 4, 5, 6 Bezirk) steht mit der Sozialistischen Linkspartei ein integraler Be-

Die 5 reichsten Menschen in Österreich besitzen 200 Mrd. ATS!

BLAU-SCHWARZ BELASTET

ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose 2001 bis 2003 mit mindestens 115 Mrd. ATS!

UNSELBSTÄNDIG BESCHÄFTIGTE:

10% verdienen 10.600,- ATS/Monat netto.

GEGEN SOZIALABBAU UND RECHTSRUCK FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALISMUS

T 01-524 63 10 M wahl@slp.at W www.slp.at Die richtige Wahl!



standteil des Widerstands zur Wahl. Aber eine Stimme für die SLP ist mehr als nur ein Protestzeichen. Sie ist eine Stimme für Widerstand, Solidarität, Sozialismus UND für den Neuaufbau der ArbeiterInnen-, Frauen- und Jugendbewegung. Die SLP ist eine Partei, mit der Sie gemeinsam kämpfen können. Dieses Angebot gilt über die Wahl hinaus. Ein gutes Ergebnis für die SLP wäre ein deutliches Zeichen für jene Menschen, die an die Möglichkeit glauben, die ArbeiterInnen-, Frauen- und Jugendbewegung wiederauf-

zubauen. Ein kleines Zeichen wohl. Dennoch: Ein größeres steht nicht zur Wahl.

JETZT AKTIV WERDEN!

Wie können Sie helfen oder mitmachen? Rufen Sie an: 01-524 63 10 Schreiben Sie uns: slp@gmx.at Und kommen Sie bei einer unserer Veranstaltungen und Aktionen vorbei: Termine siehe Seite 6. Denn die SLP kann man nicht nur wählen, bei der SLP kann man auch Mitglied werden!

SLP-Aktiv: Frauen

Am 8. März ist internationaler Frauentag – die beste Gelegenheit um zu zeigen, was wir von blau-schwarz halten. Die Frauen der SLP sind im Wahlkampf aktiv – vor, am und nach dem 8.3. (Ort und Zeit siehe Seite 6)

- 6.3. „Internationaler Frauentag“
- 8.3. Internationaler Frauentag – Demonstration
- 9.3. „Konsequente Frauenpolitik = Sozialistische Frauenpolitik“
- 12.3. „Frauenpolitik nach einem Jahr blau-schwarz“
- 14.3. „Abtreibung ist Frauenrecht“ mit Therese Beham von der Mairo-Abtreibungsklinik
- 24.3. 9-10.00 Kundgebung vor der Mairo-Klinik

SLP-Aktiv auf der Straße:

Der SLP-Wahlkampf unterscheidet sich von jenem aller anderen Parteien und besteht aus Aktionen und Diskussionen. Und der Möglichkeit uns näher kennenzulernen.

- Diskussionen:
- 6.3. „Vergesellschaftung statt Privatisierung“
- 13.3. „Wen wählen in Ottakring?“
- 18.3. „Gewerkschaftliche Kampfformen“
- 20.3. „ImmigrantInnen in Wien“
- 21.3. „Gewerkschaften im Widerstand“
- Aktionstage:
- 19.3. „Wahlrecht für alle“
- 24.3. „Weiter aktiv – auch nach dem 25. März“

SLP-Aktiv:

Die SLP ist keine Partei wie jede andere, daher ist auch unser Wahlkampf ein anderer. Mehr dazu

Der Wahlkampf ist für uns eine Phase höchster Aktivität. So gut wie jeden Tag wird es Aktionen geben.

Seite 6

Infos unter: www.slp.at
01-524 63 10

Seite 6

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



VON SONJA GRUSCH

RECHTE RECHTE

Karl Marx hat vor über 150 Jahren geschrieben: "Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken." Mit dem Begriff "Gedanken" ist hier eine Reihe von Dingen gemeint - Vorstellungen von Kultur, von Demokratie, von Geschlechterbildern und auch von Recht. Denn ganz im Gegensatz zur gern behaupteten "Objektivität" von Exekutive (Polizei) und Legislative (Justiz) spiegeln sie ebenfalls gesellschaftliche Veränderungen und Kräfteverhältnisse wieder. Der Geist von blau-schwarz findet sich in allen Lebensbereichen - ob er freiwillig und gern umgesetzt wird, aus Feigheit und voraussetzendem Gehorsam oder unter Druck und ohne Gegenwehr ist letztlich unerheblich. Konkret bedeutet das eine Verschärfung der Repressionen gegen KritikerInnen. In den letzten 13 Monaten hagelte es Einschüchterungen, Anzeigen, Strafverfügungen, Klagen, Verhaftungen und Verurteilungen gegen RegierungskritikerInnen. Da wird plötzlich Sachbeschädigung von 612,36 (ein Bagatelldelikt, das üblicherweise außergerichtlich behandelt wird) zum Gerichtsfall und führt zu einer dubiosen Verurteilung. Da wird ein Haus durch die Anti-Terror-Einheit der Polizei gestürmt, Menschen beschimpft und mißhandelt. Gefunden wurde zwar nichts, aber der Polizei hat's offensichtlich Spaß gemacht. Da werden Menschen fürs Demostrieren gegen die Regierung angezeigt. Da zerren verummte Polizisten Menschen von der Straße weg in Autos, nur weil diese bei einer Demonstration waren. Und da vertritt die ehemalige (?) Kanzlei des Justizministers die fanatischen Abtreibungsgegner von Pro Life gegen die Abtreibungsklinik Mairo. Da denkt die Vizekanzlerin laut darüber nach, Streiks zu verbieten und da will Haider "österreichvernaderer" vor den Kadi zerren. Und da wollen Westenthaler & Co die Donnerstagsdemo schon längst verbieten und haben dann wohl auch gar nichts dagegen, dass Polizei provokateure in die Demo geschleust werden um nachher sagen zu können "seht her wie gewalttätig die sind".

Lüge Objektivität

Anders aber, wenn Vertreter der Regierungsparteien in Verdacht geraten: das Verfahren gegen Jörg Haider in der Spitzelaffäre wurde wegen Verjährung eingestellt. Die Einstellung sagt allerdings nichts darüber aus, was er tatsächlich getan hat. Wer hier Böses denkt, muss mit einer Klage rechnen. Das entscheidende dabei: es sind nicht nur die Wünsche und Drohungen rechter Politiker, sondern eine willfähige Polizei und Justiz, die diese zunehmend umsetzt. Und Medien, die sich bedeckt halten. Der ORF ist endgültig zur Regierung-Verkünderin geworden. Wer immer bisher noch geglaubt hat, es gäbe so etwas wie Objektivität und neutrale Rechte, der wird nun endgültig eines Besseren belehrt. "Der Staat" ist kein neutrales, über den Interessensgruppen bzw. Klassen schwebendes Wesen, sondern setzt letztlich die Interessen der herrschenden Klasse um - und daran hat sich seit Karl Marx das 1845 geschrieben hat nichts geändert.

SLP: Andere Finanzen

Sie werden sich fragen, "Wie finanziert sich der Wahlkampf der Sozialistischen Linkspartei eigentlich"? Die Antwort ist einfach - mit Ihrer Hilfe. Als sozialistische Partei, die in der Überwindung des Kapitalismus letztlich die einzige Möglichkeit sieht allen Menschen ein Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung zu gewährleisten, ist es notwendig, von großen Geldgebern unabhängig zu bleiben. Denn solche Geldgeber aus der Wirtschaft, oder gar anderen Parteien würden unsere Politik mitbestimmen wollen. Die SLP finanziert sich deshalb ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf unserer Publikationen und privaten Spenden. Natürlich kostet auch unser Wahlkampf Geld. Auch wenn es sich hierbei, verglichen mit den Wahlkampfausgaben der anderen Parteien, lediglich um "Peanuts" handelt. Und wenn wir den größten Teil unseres Materials nicht verschenken, sondern verkaufen. Trotzdem brauchen wir für die Produktion von Flugzetteln,

Plakaten und Ähnlichem, wie Plakatständer und für die laufenden Kosten ca. 80.000 Schilling. Ein Betrag den wir natürlich nicht haben, durch Spenden und dem Verkauf unserer Publikationen aber hoffentlich erreichen werden. Und mit Ihrer Hilfe, damit Sie sagen können "Ja, ich finanziere den Wahlkampf der SLP!"

PSK 8812.733

DAS ZIEL FÜR DEN WAHLKAMPF: 80.000,-	80.000
	70.000
	60.000
	50.000
	40.000
	30.000
BISHER ERREICHT: 15.723,-	20.000
	10.000

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11 Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23 Herstellungs- und Verlagsort: Wien DVR: 082002 Zulassungsnummer: 327808W971

Hump-Dump, Spitzelaffäre, Regierungsbeteiligung...

FPÖ am Ende?

Seit der Regierungsbeteiligung zeichnet sich ein Abwärtstrend der FPÖ ab. Deutlich wird das bei Umfragen und die schlechten Ergebnisse in Steiermark und Burgenland. Viele sehen darin ein Indiz für den Anfang des FPÖ-Abschwungs.

VON ALBERT KROPP UND KARIN WOTTAWA

An der Spitze stehen dabei die etablierten Parteien. Die VP schmückt sich damit, die FPÖ und Haider gezähmt zu haben und Grüne, SPÖ und diverse Linke sehen einen ersten Sieg ihrer „Zivilgesellschaft“. Allen gemeinsam ist, dass sie damit die tatsächlichen Ursachen vom Aufstieg der FPÖ verkennen und verharmlosen. Besonders deutlich wird das im Wiener Wahlkampf. Anstatt die bundespolitische Bedeutung dieser Wahl hervorzuheben, wird darum gewetteifert, wie schmutzig, nett und anders Wien sei, wo sich alle lieb haben und am Rathausplatz Eis laufen.

SKANDAL- STATT SAUBERMANNPARTEI

Genauso alt wie der Aufstieg der FPÖ, ist auch die These, dass der Erfolg der größten rechtsextremen Partei Europas jetzt eingedämmt ist. Dieses leidige „Spiel“ konnte bei fast jeder Wahl und jedem Skandal der „Saubermannpartei“ verfolgt werden. Aber weder rechtsextreme „Sager“ diverser FP-Funktionäre, die Rosstingelaffäre, der erzwungene Rücktritt Haiders als kärntner Landeshauptmann Anfang der 90-iger noch der jetzige Spitzelskandal haben der FPÖ mittel- und langfristig den politischen Boden entzogen. Wo liegt also der tatsächliche Grund für den Aufstieg der FPÖ?

VERBÜRGERLICHUNG DER SPÖ

Auffällig ist, dass die Stimmen der FPÖ großteils aus der ehemaligen StammwählerInnenschaft der SPÖ kommen. Es liegt also nahe einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der SP und dem

Aufstieg der FP zu suchen. Stand die Sozialdemokratie lange Zeit für soziale Reformen, setzte bereits unter Kreisky eine Wende weg vom „klassischem“ ArbeiterInnenklientel hin zur „neuen Mitte“ ein. Damit einher ging auch die Entwicklung hin zu einer Partei, die für soziale Kürzungen und Belastungspaketen zu Lasten der Beschäftigten steht. Viele ehemalige SPÖ WählerInnen und Mitglieder fühlten sich von dieser Politik verraten und verkauft. Bezeichnenderweise treten auch Grüne und SPÖ für ein Nulldefizit ein, das als Anlass für den derzeitigen Sozialabbau verwendet wird. Im Sog dieser Umwandlung der Sozialdemokratie hin zu einer bürgerlichen Partei (=Verbürgerlichungsprozess) fand die FPÖ den Nährboden um zu gedeihen.

FP-NEUE ARBEITERINNENPARTEI?

Auch wenn Parteien wie die FPÖ von einer

Mehrheit der ArbeiterInnen gewählt werden, sind sie deswegen noch lange keine ArbeiterInnenparteien. Die FP ist ganz im Gegenteil die konsequenteste bürgerliche Partei. Sie überholt in den wesentlichsten Fragen (Flattax, Privatisierungen, Zerschlagung des Sozialsystems) die ÖVP in ihrer Radikalität. Der Eintritt der FP in die Regierung war somit auch eine tatsächliche Wende - und zwar hin zu einer beschleunigten Durchsetzung von Unternehmerinteressen auf Kosten der Beschäftigten.

FPÖ BEKÄMPFEN UND ZWAR RICHTIG!

Um der FPÖ wirklich etwas entgegenzusetzen sind Appelle zu wenig. Der Niedergang der FPÖ wird nicht von selbst durch ihre Verwicklung in Skandale kommen. Dazu braucht es neue Partei, die die Interessen der Beschäftigten, Jugendlichen, ImmigrantInnen und Frauen vertritt und gegen die sozialen Verschlechterungen kämpft, die die FPÖ großgemacht haben. Wir sehen unsere Kandidatur als einen Beitrag zum Aufbau einer solchen neuen ArbeiterInnenpartei.



FPÖ-Wien: Fast wie im "Kaisermühlen-Blues"

Linke Liste Alsergrund

Vertane Chance?

Im letzten Herbst entstand im 9.Bezirk die Idee zu einer linken Liste für die Bezirksratswahl im 9ten. Im Dezember trafen sich Interessierte, Organisierte (KPÖ, SLP) und Unorganisierte (politisch aktiv oder im letzten Jahr geworden, im Bezirk wohnend). Die Ausgangsbedingungen schienen gut: Eine Linke Liste Alsergrund (LILA) könnte einen nicht unerheblichen Bekanntheitsgrad und Anziehungskraft erlangen. Aber auch Bedenken hinsichtlich Vereinnehmungstendenzen durch beteiligte Organisationen und hinsichtlich der Organisationsstruktur (noch sehr wenig festgelegt) wurden geäußert.

VON CLAUDIA SORGER SLP WIEN WEST

Für die SLP waren die Voraussetzungen für eine Beteiligung an LILA, dass nicht nur KPÖler im Bündnis sind, sondern auch andere Organisierte und Unorganisierte und demokratische Strukturen, wie gewählte Leitung, Finanzverantwortung und Presseverantwortung. Da diese Voraussetzungen nicht gegeben waren, wurde am SLP-Bundesvorstand am 3.2. beschlossen, sich nicht an der Liste zu beteiligen, aber die Kandidatur und den Wahlkampf zu unterstützen. Die befürchteten „Vereinnahmungstendenzen“ seitens der KPÖ waren ein Thema, als im Jänner bekannt wurde, dass die KPÖ unter dem Namen KPÖ-Linke Liste kandidieren würde. Eine eindeutige Überschneidung zu „Linke Liste Alsergrund“. Warum war das von den an LILA

Beteiligten KPÖlern nicht mitgeteilt worden? Ihre Antwort: Weil sie es nicht gewusst hatten. Jedenfalls wurde daraufhin eine Mitteilung an die KPÖ geschickt, in der klar gemacht wurde: „Für uns als linkes Bündnis, das aus Organisierten verschiedener Zugänge und unorganisierten Linken besteht, ist die Namensgebung der KPÖ insofern ein Problem, als wir uns gegen jegliche Vereinnahmungstendenzen wehren.“ Seither ist einiges passiert: die KandidatInnenliste (bewusst mit einem Nicht-KPÖler als Spitzenkandidat) wurde gewählt, Plakate und Falter beschlossen, Aktionen geplant. Was dabei ersichtlich

wurde: Dass ein neu entstehendes Bündnis einige Zeit braucht, um sich zu konstituieren, um demokratische Spielregeln festzulegen, um zu garantieren, dass sich alle Beteiligten einbringen können. Ein Hinderungsgrund für den Erfolg eines solchen Bündnisses kann sein: Wenn die festgelegten Spielregeln, der Grundkonsens eines solchen Bündnisses von Einzelnen übergangen werden, So konnten wir plötzlich der Bezirkszeitung entnehmen, dass Kurt Wendt (der für die KPÖ-Wien an zweiter Stelle kandidiert) der Spitzenkandidat der LILA ist, mit Foto, Zitat, Inserat und allem was dazu gehört. Nach welchen Spielregeln geht das? Nach dem Motto „Wer das Geld hat, hat das Sagen“? Schade auf jeden Fall. Natürlich rufen wir weiter dazu auf, LILA zu wählen, aus mehreren Gründen: Weil es die einzige linke Alternative im Bezirk ist, weil es im Ansatz eine gute Sache ist, weil sich gezeigt hat, dass das Interesse und ein Potential an Leuten im Bezirk dafür vorhanden ist.

„Linke Liste“ - das Bündnis kritisiert die Überschneidung durch KPÖ-Listenbezeichnung

Linke Liste Alsergrund LILA Komitee Linker Persönlichkeiten

Nein zur Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung

Versicherung oder Almosen?

Die Kontroverse um die Besetzung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zeigt eines deutlich auf: Die Bundesregierung beschränkt sich im Sozialbereich nicht auf eine Kürzung der Leistungen, sondern will das gegenwärtige System zerschlagen.

DAVID MUM, SLP- WIEN WEST

Nachdem im Oktober die Pensionskürzungsreform in Kraft getreten ist, wurden ab 1.1. auch zahlreiche Leistungskürzungen in der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung wirksam. Die Bundesregierung will die gesamte Sozialversicherung demontieren, umbauen und teilprivatisieren.

DAS 3-SÄULENMODELL

Im Pensionssystem sollen die gesetzlichen Pensionen gekürzt werden. Diese künftig "1. Säule" wird also nicht mehr ausreichen und Menschen zu Privatversicherungen gedrängt. Das macht die Pensionen weder sicherer, noch billiger. Aber die Unternehmer ersparen sich viel Geld, das jetzt verstärkt die ArbeitnehmerInnen aufbringen müssen. Denn bei der "3. Säule" (die private Pensionsvorsorge) gibt es logischerweise keine Dienstgeberbeiträge mehr. Der ganze Versicherungsaufwand muss jetzt von den Versicherten selbst getragen werden. Bei der 2. Säule, den Betriebspensionen, gibt es zwar auch Arbeitgeberbeiträge, trotzdem sind die keine Alternative zur gesetzlichen Pensionsversicherung. Denn für Zeiten der Kindererziehung oder Perioden der Arbeitslosigkeit erwirbt man/frau keine Ansprüche auf Betriebspensionen. Der klare Verlierer sind also die ArbeitnehmerInnen. Am meisten verlieren dabei jene, die nicht durchgehend vom Berufsbeginn bis zur Pension einen sozial abgesicherten Arbeitsplatz haben. Und das sind allein schon einmal 700.000 Menschen die pro Jahr einmal von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Das steckt also hinter dem Schlagwort: 3-Säulenmodell = Kürzungen auf dem Rücken der Beschäftigten zu Gunsten der Privatver-

sicherungen und den Unternehmern.

KRANKENVERSICHERUNGEN

Bei den Krankenversicherungen soll der Wettbewerb auf Kosten der sozial Schwachen Versicherten eingeführt werden. Die Regierung überlegt, auf die freie Wahl der Versicherung umzustellen. Die Zuordnung eines Versicherten zu seiner Sozialversicherung ist momentan gesetzlich geregelt. Eine freie Wahl der Kasse ist nicht möglich. Bei einer Versicherungspflicht kann man/frau sich die Versicherung hingegen selber aussuchen. Das klingt auf den ersten Blick ganz verlockend.

Aus internationalen Beispielen kann man/frau aber erkennen, dass bei der freien Wahl der Versicherung kein soziales Gesundheitssystem mehr aufrechterhaltbar ist. Private Versicherungen wollen nur die versichern, die ihnen keine hohen Ausgaben bescheren. Also die Gesunden und Jungen. Ältere und krankheitsanfällige Menschen sind für die Versicherungen ein Verlust, denn sie verursachen höhere Kosten. Logische Folge ist, dass sie auch höhere Beiträge zahlen müssen. Dazu schrieb der Schweizer Tagesanzeiger am 17.6.2000 über die Erfahrungen der Schweiz mit der Privaten Krankenversicherung: "Die Krankenkassen balgen sich um die sogenannten guten Risiken; die schlechten will dagegen niemand...Statt Kosten zu senken, widmen sie sich der Risikoselektion". Wer also schon krank ist oder wird bleibt auf der Strecke. Mit Gerechtigkeit und Solidarität hat dieses System nichts mehr zu tun!

Die Lüge von den BILLIGEREN PRIVATVERSICHERUNGEN

Ein Argument zur Zerschlagung der Sozialversicherung von Seiten der

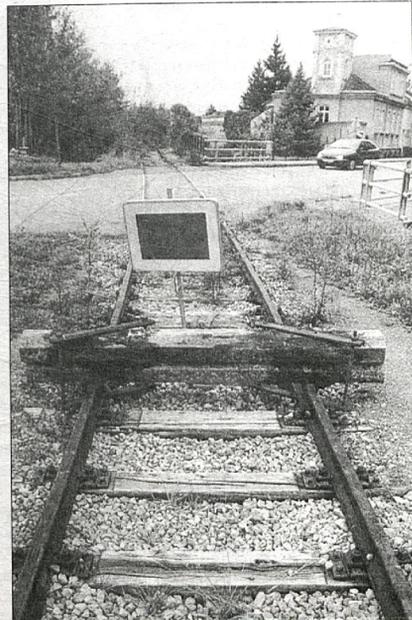
Regierung sind die angeblich enormen Kosten. Demgegenüber steht aber, dass die privaten Krankenversicherungen (KV) im Durchschnitt nur 75 Prozent ihrer Einnahmen für Leistungen ausgeben. 25 Prozent werden für Provisionen, Gewinne und Verwaltung aufgewendet. Die Ausgaben der sozialen KV für ihre Leistungen liegen hingegen bei stolzen 96% und nur 4% für die Verwaltung. Angesichts dieser Zahlen entpuppen sich die Argumente von Regierung und Wirtschaft sehr schnell als Finte und es fällt schwer zu glauben, dass private Versicherungen tatsächlich billiger sein können. Die großen Gewinner eines "Systemwechsels" wären also nicht die Versicherten, sondern die Versicherungen, denen so ein enormes Geschäft zugeschanzt wird.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Bei der Arbeitslosenversicherung ist wiederum die Umwandlung des AMS (=ehemaliges Arbeitsamt) in eine GMBH geplant. Damit stiehlt sich der Staat noch weiter aus der Verantwortung für die Misere am Arbeitsmarkt. Nebenbei dient die Arbeitslosenversicherung der Regierung noch zum Stopfen von Budgetlöchern. So werden 25 Mrd. Schilling der Arbeitslosenversicherung für Leistungen verwendet, während 19,6 Mrd. in die Staatskasse umgeleitet werden. Konkret heißt das, dass während offensichtlich genug Geld in der Arbeitslosenversicherung vorhanden ist, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe permanent gekürzt werden. Somit werden zig Milliarden Schilling aus den Beiträgen der Beschäftigten für Grassers "Nulldefizit" verwendet. Auch hier zeigt sich deutlich: Gespart wird auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen!

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Wir fordern ein Ende der Ausplünderung der Arbeitslosenversicherung, die Rücknahme der Kürzungen von Arbeitslosen-



Die Regierung will die Sozialversicherung auf Abstellgleis stellen

geld und Notstandshilfe und deren Erhöhung, die Abschaffung des Zwangsarbeitsprojekt Integra und vor allem gleichen Leistungszugang für alle ArbeitnehmerInnen. Denn gerade ausländische KollegInnen dürfen zwar die vollen Beiträge zahlen, sind aber den BesitzerInnen eines österreichischen Passes noch immer nicht gleichgestellt. Bei Arbeitslosen, die noch nicht acht Jahre in Österreich wohnen und die über eine Niederlassungsbewilligung für den Aufenthaltswert "Privat" bzw. über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen, geht das Arbeitsmarktservice davon aus, dass sie kein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe erhalten können. Das sind unhaltbare Zustände. Das sind unhaltbare Zustände. Wir fordern den gleichen Leistungszugang für alle, die Beiträge in die

Arbeitslosenversicherung einbezahlen.

SOZIALVERSICHERUNG ODER ALMOSEN?

Die Regierung versucht alle diese Maßnahmen unter dem Deckmantel der "sozialen Gerechtigkeit" zu verkaufen. In Wirklichkeit geht es aber darum, die Unselbständigen nur noch weiter gegeneinander auszuspielen: in Arbeitslose und in Beschäftigte stehende, in Junge und Alte, Kranke und Gesunde und Männer und Frauen, In- und Ausländer und schließlich jene, die sich teure Privatversicherungen leisten können und jene, die sich das nicht können. Nur gemeinsam können wir uns gegen die Umwandlung des Sozialversicherungsprinzips hin zum Auszahlen von Almosen wehren.

Licht ins Dunkel der Arbeitszeiten im Sozialbereich

Länger arbeiten - mehr Freizeit?

Die gesetzliche Normalarbeitszeit beträgt in Österreich 8 Stunden täglich, und 40 Stunden wöchentlich. In vielen Bereichen hat das jedoch nichts mehr mit der Realität zu tun. So auch im Sozialbereich.

VON PHILLIP FLEISCHMANN
SLP WIEN MITTE

Ich bin seit Oktober 2000 Zivildienstler in einem Heim für behinderte Kinder der Caritas. Hier sieht der normale Dienstplan so aus: Dienstbeginn 12 Uhr Mittags, Nachtdienst mit Schlafurlaub, Frühdienst bis 9.30, 3 Stunden Pause und dann Nachmittagsdienst bis 20 Uhr. In Ausnahmefällen (z.B. Krankenstand) kann

der auch auf drei volle Tage ausgedehnt werden. Solche Dienste bringen natürlich mehr freie Tage, sind aber auch eine enorme Belastung.

ZIVILDIENT ALS EINSTIEG

Überlange Dienste (36 Stunden mit 3 Stunden Pause) kommen in fast allen Sozial- und Behinderteneinrichtungen vor. VerteidigerInnen der langen Dienstzeiten gehen von zwei Gesichtspunkten

aus: 1. von einem Pädagogischen: „Der häufige Wechsel von Bezugspersonen ist pädagogisch nicht vertretbar“. Bei diesem Argument stellt sich die Frage, wie pädagogisch wertvoll die Arbeit mit einem behinderten Menschen nach 32 Stunden Dienst noch sein kann.

2. Argument: „Die Beschäftigten wollen solange Dienstzeiten, damit sie dann länger frei haben“. Tatsächlich haben viele BehindertenbetreuerInnen das Gefühl, sich bei längeren Dienstzeiten, und damit auch längeren Ruhezeiten, besser erholen zu können. Ein Gefühl das oft trügt, denn die 11. Stunde am Tag ist einfach wesentlich anstrengender als die z.B. die 6. Entsprechend braucht man/frau dann auch mehr Erholung.

Die Erfahrung zeigt leider, dass Viele über den Zivildienst zur Arbeit im Sozialbereich kommen. Schließlich lässt es sich bei solchen Dienstplänen nebenbei gut studieren. Die Realität sieht aber anders aus: Der „klassische“ Verlauf ist aber mit 35 „ausgebrannt“ und mit dem Studium auch noch nicht fertig zu sein. Denn durch die Unregelmäßigkeit der

Dienstpläne entstehen enorme psychische und soziale Belastungen.

WIE KOMMT ES ZU SOLCHEN DIENSTPLÄNEN?

Zahlreiche Flexibilisierungsmöglichkeiten bietet die Novelle des Arbeitszeitgesetzes von 1997. Denn wenn „Arbeitsbereitschaft“ vorliegt kann, der Normalarbeitstag auf bis zu 24,5 Stunden ausgedehnt werden. „Arbeitsbereitschaft“ bedeutet aber nur „arbeitsbereit“ zu sein und nicht zu arbeiten. In vielen Sozial-einrichtungen wird aber normal gearbeitet wenn „Arbeitsbereitschaft“ am Dienstplan steht. Dazu kommt noch die Vereinbarung eines Durchrechnungszeitraumes. Damit kann die tägliche Normalarbeitszeit auf 10 Stunden und die wöchentliche Normalarbeitszeit auf 50 Stunden ausgeweitet werden. Einzig diese Überstunden müssen innerhalb des besagten Durchrechnungszeitraumes ausgeglichen werden. Beide Möglichkeiten können nur mit Zustimmung des Betriebsrates eingeführt werden. Viele Betriebsräte stimmen solchen Maßnahmen

zu, weil sie sich nicht an die Kampfbereitschaft ihrer KollegInnen glauben oder weil sie auf das Arbeitskostenargument der Arbeitgeber einsteigen. Einmal ganz abgesehen davon, dass viele vor allem kleinere Einrichtungen mit „illegalen“ Dienstplänen arbeiten. Wenn die Beschäftigten sich wehren (wollen) wird ihnen dann von jenen, die zuwenig Personal einstellen manchmal noch vorgeworfen, dies auf dem Rücken der KlientInnen zu tun. Die Sozialabbauer verlangen totale Opferbereitschaft auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.

Die SLP kämpft unter anderem deshalb für einen 6 Stundentag, weil dadurch der/die einzelne ArbeitnehmerIn mehr Macht bei der Dienstplangestaltung bekommt. Dort wo es tatsächlich notwendig ist länger zu arbeiten, soll diese Leistung auch besonders abgolt werden. Das kostet natürlich Geld. Im acht-reichsten Land der Erde, in Österreich, liegt das Vermögen in den Händen einiger weniger. Umverteilung hin zu den Sozialbereichen kann daher nicht „Licht ins Dunkel“ überlassen werden.



Lange Arbeit - wenig Geld

Wiener Wahlen 2001

Ist "Rot"-Grün eine Alternative

Die Wiener Wahlen am 25. März haben bundespolitische Bedeutung, es ist auch eine Abstimmung über ein Jahr blau-schwarz. Die Themen, die von den verschiedenen Parteien angesprochen werden sind Bundesthemen und der Wahlausgang hat Signalwirkung. Insbesondere eine „rot“-grüne Stadtregierung würde als Testlauf für die Zeit nach der nächsten Nationalratswahl gesehen. Angesichts von blau-schwarz auf Bundesebene, von Rasismus und Sozialabbau, stellt sich nicht in erster Linie die Frage danach, welche Parteien man wählen soll, sondern welche Politik dagegen nötig ist.

ON SONJA GRUSCH,
SPITZENKANDIDATIN DER SLP

Der Sparterror und die reaktionären Gesellschaftsmodelle von blau-schwarz können nur durch aktiven Kampf dagegen verhindert werden, nicht durch Stellvertreterpolitik, sondern durch die Beteiligung der Betroffenen. Und es ist notwendig, dieser Politik auch politisch etwas entgegenzusetzen: ein grundsätzlich anderes Gesellschaftsmodell.

ZWISCHEN BLAU-SCHWARZ UND „ROT“-GRÜN?

Glaubt man FPÖ und ÖVP-Wahlkampfmaterialie stellt sich in Wien die Frage „rot“-grün oder blau-schwarz zu stellen. Aber sind das tatsächlich die beiden Koalitionsmodelle, zwischen denen sich die WählerInnen entscheiden müssen. Und: was bedeutet „rot“-grün tatsächlich? Stellt eine Koalition zwischen SPÖ und Grünen eine Alternative dar? Wäre das ein Schritt nach links? Wir verwenden hier den Begriff „rot“-grün obwohl es eigentlich „rosa-grün“ heißen müsste, da die SPÖ mit einer Politik für ArbeitnehmerInnen und sozialistischen Ideen nichts mehr verbindet.)

Eines ist „rot“-grün sicher: Ein Modell das mit vielen Hoffnungen verbunden ist einerseits und ein künstliches Schreckgespenst der Bürgerlichen andererseits. Die FPÖ plakatiert seit Wochen Wien mit Plakaten zu, die zeigen sollen, was „rot“-grün angeblich bedeuten würde: AusländerInnenwahlrecht, Drogenfreigabe und mehr Demos. Auch Görg verspricht, wenn auch zahmer & zaghafter, ein Garant gegen „rot“-grün zu sein. Hier wird aber ein Schreckgespenst aufgebaut, das so nicht existiert.

BUNDESPOLITISCHE BEDEUTUNG

Tatsächlich will die SPÖ v.a. an der Macht bleiben und die Grünen erstmals in eine Regierung. Der liebste Bündnispartner

für die SPÖ wäre aber nach wie vor die ÖVP, die kennt man schon, da ist nicht mit Überraschungen zu rechnen. Und auf Bundesebene würde das zeigen: sieht her, mit uns geht's ja doch viel besser. Das Gespann SPÖ-ÖVP hat schon historische Dimension, in der „Sozialpartnerschaft“ hat man lange zusammengearbeitet. Blau-schwarz unahrscheinlich, schwarz-grün ist stimmenmäßig eher ausgeschlossen und die Liberalen – falls sie nicht ohnehin aus dem Gemeinderat fliegen – können höchstens als Garnierung einer Koalition verwendet werden.

Blau-schwarz unahrscheinlich, schwarz-grün ist stimmenmäßig eher ausgeschlossen und die Liberalen – falls sie nicht ohnehin aus dem Gemeinderat fliegen – können höchstens als Garnierung einer Koalition verwendet werden.

WOFÜR STEHT DIE SPÖ?

Auf Bundesebene versucht die SPÖ nun seit über einem Jahr verzweifelt, sich als Partei „des kleinen Mannes, der kleinen Frau“ zu präsentieren. Was ihr angesichts der Tatsache, daß sie jahrzehntelang Sozialabbau betrieben hat, nicht gelingt. In Wien ist das als Regierungspartei noch schwerer. Da die „Opposition“ nicht funktioniert versuchen es Häupl&Co mit dem Rezept „seht her wie gut wir sind“. Auf 16 Seiten zieht Häupl Bilanz über „Fünf Jahre für Wien“ und listet auf, was die SPÖ nicht alles für uns getan hat. Nicht erwähnt werden z.B. die Tarifierhöhungen bei Öffentlichen Verkehrsmitteln (5.300 für eine Jahreskarte – das macht bei Menschen mit niedrigen Einkommen oder Arbeitslosen fast ein Monatseinkommen aus). Nicht erwähnt wird, daß auch in Gemeindebauten die Mieten inzwischen oft für Viele zu hoch sind. Nicht erwähnt wird, daß die SPÖ verantwortlich für Ausgliederungen und Privatisierungen ist, die zu Leistungsverlechterungen und Verschlechterungen für die Beschäftigten führen. Die Wiener Spitäler beispielsweise werden künftig wie Privatunternehmen geführt. Bei gewinnorientierung bleiben die PatientInnen und die Beschäftigten auf der Strecke. Nicht erwähnt wird, das Wien die Sparpläne der Bundesregierung de facto mitträgt.

Gerade in der ImmigrantInnenpolitik versucht die SPÖ einen Spagat zwischen FPÖ und Grünen. Einerseits wird bis zu diesem Tag die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechtes für in Wien lebende ImmigrantInnen durch die SPÖ verhindert – und damit FPÖ-Linie umgesetzt.

SPÖ-Häupl gefällt sich als volksnaher Würstelbratler – bei einem Einkommen von über 100.000 im Monat ist es mit der Volksnähe allerdings nicht weit her.



Andererseits hat die SPÖ sehr wohl verstanden, dass sie WählerInnen an die Grünen verliert. Um diese zurückzugewinnen wird die nur populistische Forderung nach einigen Gemeindeforderungen für bedürftige ImmigrantInnen aufgestellt. Warum nur einige? Warum nur für bedürftige? ImmigrantInnen zahlen genauso jene Steuern&Abgaben, mit denen Gemeindeforderungen gebaut/erhalten werden, also haben sie genauso ein Recht, darin zu wohnen.

WOFÜR STEHEN DIE GRÜNEN?

Bei den Wiener Grünen gibt es im Vergleich zur Bundespartei noch mehr Linke. Es finden sich in dieser Partei Viele, die linke Wurzeln haben und Viele, die teil-

weise linke Positionen vertreten. Die Partei als ganzes, ihr Programm und besonders ihre Spitzenvertreter sind aber weit davon entfernt, für eine qualitativ andere Politik zu stehen.

Die Sozialdemokratie machte ein Entwicklung von 100 Jahre durch – von einer ArbeiterInnenpartei in eine bürgerliche Partei. Die Grünen, deren GründerInnen teilweise eben wegen dieser Rechtsentwicklung aus eben dieser Parteien kamen, haben für ihre scharfe Rechtsentwicklung viel kürzer gebraucht. Aber das Wiener

AUF DEM BODEN DES KAPITALISMUS

Die Grünen, wie auch die SPÖ, befinden sich bei ihrer Politik völlig auf dem Boden des Kapitalismus, sie haben keine Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anzubieten. Zwar wird neoliberale Politik kritisiert, der Kapitalismus an sich, dessen eine, mögliche Ausprägung Neoliberalismus ist, bleibt unangetastet. Die Grünen sind nicht anti-kapitalistisch sondern argumentieren meist auf einer diffusen, moralischen Grundlage. Aber es reicht nicht zu

Wahlprogramm der Grünen hat doch viele gute, linke Forderungen – werden Viele nun sagen! Unbestritten ist, daß die Grünen in einer Reihe gesellschaftspolitischer Fragen „linke“ Positionen haben (bei Homosexualität, bei Demokratiefragen, bei Frauenfragen). Aber dieses Programm ist nichts als die Aneinanderreihung von Dingen, die die man/frau gerne hätte. Das „fortschrittliche, humanistische Gegenmodell“ (aus dem Vorwort des Wahlprogrammes der Grünen Wien) beruht auf moralischen Apellen, ist politisch unzulänglich, weil die Klassenfrage ausgespart bleibt, und utopisch, weil die Frage wer und wie es durchgesetzt werden soll, unbeantwortet bleibt.

sagen, dass Arbeitslosigkeit und Armut „böse“ sind. Um diese wirksam zu bekämpfen ist es notwendig zu analysieren, woher sie kommt, warum es arm & reich gibt. Der Grund dafür liegt nicht in dem einen oder anderen unmoralischen Unternehmer oder gar Beamten und kann daher letztlich auch nicht mit dem einen oder anderen Gesetz oder gar „Anreiz“ bekämpft werden. Der Kapitalismus braucht Arme und Arbeitslose, er braucht Waffen und Umweltverschmutzung, er braucht Rasismus und Frauenunterdrückung. Um diese „Auswüchse“ des Kapitalismus tatsächlich zu bekämpfen muß der Kapitalismus an sich bekämpft werden. Danach sucht man allerdings auf 74 Seiten grünem Wahlprogramm vergeblich.

„Rot“-Grün in Deutschland

An ihren Taten sollst Du sie messen ...

Papier ist bekanntlich geduldig und das Ablaufdatum von Wahlversprechen liegt üblicherweise am Wahlabend selbst. Ein weiser Spruch ist: „Du sollst sie an ihren Taten messen, nicht an ihren Worten“. Seit 1998 ist in Deutschland eine „rot“-grüne Koalition an der Regierung. Die Bilanz: „Rot“-Grün sind die Handlanger des Kapitals. Wenige Wahlversprechen, die nicht gebrochen wurden. Im Oktober 2000 veröffentlichte unsere deutsche Schwesterzeitung Voran eine Halbjahresbilanz der Schröder-Fischer-Regierung:

„Die rot-grüne Bundesregierung hat ihr Amt vor zwei Jahren weder mit überwältigenden Sympathien noch mit hohen Erwartungen seitens der ArbeiterInnenklasse angetreten. Viele waren 1998 jedoch froh, nach 16 Jahren Kohl endlich los geworden zu sein und erwarteten, dass es nicht schlimmer kommen könnte. Von wegen. Wurde Kohl oft mit einem Elefanten im Porzellanladen verglichen, so ist dagegen die rot-grüne Regierung in den ersten zwei Jahren wie ein Sturm über Deutschland hinweggefegt: sie hat

nach 60 Jahren deutsche Soldaten wieder in den Krieg geschickt, sie hat die Atomenergie für 30 Jahren und länger festgeschrieben, sie hat mit der Steuerreform, der Gesundheitsreform und besonders mit der geplanten Renten (=Pension)reform in rasantem Tempo angefangen, den Wunschzettel des Kapitals abzuarbeiten. (...) Die Rentenreform ist das größte Projekt in Sachen Demontage des Sozialstaats in der ganzen Nachkriegszeit.“

GESPROCHENE VERSPRECHEN

Noch deutlicher zeigt ein Vergleich der Wahlprogramm und des Koalitionsvertrages, wofür „rot“-grün tatsächlich stehen. Versprach die SPD „die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl zu korrigieren“ wurde nicht nur keine der Maßnahmen der Kohl-Regierung zurückgenommen, sondern sind massive Kürzungen geplant: die „Standardrente“ (45 Jahre versicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung und mindestens Durchschnittsverdienst) soll von 70% bis 2005 auf 54% des letzten Nettoeinkommens gekürzt werden. Anstatt Armut zu bekämpfen (wie versprochen) wird v.a. bei ohnehin armen – z.B. Arbeitslosen „gespart“, und die Mittel für den sozialen Wohnbau werden gekürzt. Auf den Unis werden Strafsteuern für Studierende eingeführt, die

„zu lange“ studieren und mit der Green Card wird klar zwischen „guten“ und „schlechten“ ImmigrantInnen unterschieden: „Die Greencard ist ein pragmatisches Instrument zur kurzfristigen Lösung eines arbeitsmarktpolitischen Problems. ... Es geht nicht um das Grundrecht auf Asyl, sondern um die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.“ (aus: Internetseite der SPD zu Stichwort Greencard) Senkung des Spitzensteuersatzes für Millionäre, fast 500 Milliarden Schilling für Rüstungsprogramm – das ist nicht CDU-Politik, sondern wird von „rot“-grün in Deutschland umgesetzt. Wobei der Fairheit halber angemerkt werden muß, dass die Grünen hierbei kein Versprechen gebrochen haben. Schon in ihrem Wahlprogramm hatten sie die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53% auf 45% gefordert.

WO SIND DIE GRÜNEN?

Auffallend an der Politik der Grünen ist ihr Umfallen bei der Atompolitik, ihrem Versagen in der BSE-Krise, ihrem Mitgehen in der ImmigrantInnenpolitik und ihre Zustimmung zur Kriegspolitik. Bald rollen die nächsten Castor-Transporte durch Deutschland. Auch von der Basisnähe ist nicht viel geblieben, grüne Politiker bedienen sich wie ihre schwarzen, gelben und roten Kollegen: Nach ihrem Rücktritt bleibt die ehemalige Gesundheitsministerin Fischer weiterhin Bundestagsabgeordnete (monatliches Einkommen: 92.000 ats). Als Ausgleich für das fehlende Ministergehalt erhält sie ein einmaliges Übergangsgeld von ats 170.000.-. Bei solchen Einkommen wundert es wenig, wenn Sozialabbaumaßnahmen zugestimmt wird.

?

WIESO SETZEN SICH LETZTLICH DIE RECHTEN POSITIONEN DURCH?

Der Grund dafür, dass sich bei den Grünen letztlich doch die rechten Positionen durchsetzen liegt auch an der fehlenden (Klassen-)basis. Zu Zeiten, als die Sozialdemokratie noch eine ArbeiterInnenpartei (wenn auch mit bürgerlicher Führung) mit breiter Verankerung in der ArbeiterInnenklasse und in der Gewerkschaft war, konnte die Führung nicht so leicht nach rechts gehen. Es gab Druck von der Basis, Kämpfe und Entwicklungen die in der Gesellschaft stattfanden spiegelten sich in der SPÖ wieder. Die SPÖ hatte eine proletarische Basis auf die die Führung Rücksicht nehmen mußte. (Zu dieser Zeit riefen wir dazu auf die SPÖ zu wählen, nicht weil ihre Politik damals besser oder schlechter war, sondern weil die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse auf die SPÖ orientierte und in sie Erwartungen setzte.) Aber in der Sozialdemokratie hat in den letzten Jahrzehnten eine starke Veränderung stattgefunden. Eben diese Verankerung hat sich stark reduziert und ist nicht mehr das vorherrschende Element. Die SPÖ ist heute eine bürgerliche Partei, die auf die sich noch in ihren Reihen befindenden ArbeiterInnen keine Rücksicht mehr nimmt und die Verbindung zur Gewerkschaft systematisch abbaut.

Die Grünen hatten diese proletarische Basis nie. Deshalb ist auch die Rechtsentwicklung viel rascher gegangen. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie gab es bei ihnen niemals eine gemeinsame ideologische Basis (auch wenn sie bei der Sozialdemokratie spätestens nach 1914 Theorie war). Zwar gibt es gemeinsame Grundsätze, doch diese bleiben moralische Willensbekundungen. Nach den Erfahrungen mit dem Stalinismus und der Sozialdemokratie suchten viele „Linke“ ihr Heil in Organisationen ohne „Ideologie“. Der berechtigte Wunsch, aus den starren, undemokratischen Strukturen von SPn und KPn auszubrechen, führte dazu, dass in der Praxis „das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde“. Und keine Ideologie ist eben doch eine Ideologie und findet sich heute in verschiedensten „zivilgesellschaftlichen“ Konzepten, die letztlich nur eine linke Seite des bürgerlichen Liberalismus darstellen. Im Gegensatz zu MarxistInnen, die die ArbeiterInnenklasse als jene Klasse sehen, die den Kapitalismus tatsächlich stürzen kann und sich daher organisieren muss, setzen Zivilgesellschaftler auf „Individualismus“ und „Buntheit“. Was das in der Praxis bedeutet zeigt sich im Widerstand gegen die blau-schwarze Regierung. Anstatt auf die und in den Gewerkschaften Druck zu machen, damit diese endlich Streiks gegen die Regierung organisieren wird 1) die ArbeiterInnenklasse an sich als „reaktionär“ bezeichnet („die sind ja alle ausländerfeindlich“) und/oder 2) auf „bunte“, „lustige“, verstreute Einzelaktionen gesetzt. Deshalb ist die Regierung nach wie vor an der Macht – weil es keine ernstzunehmende Opposition gibt.

„ROT“-GRÜN: KEINE ALTERNATIVE

Ok, werden Sie jetzt sagen, „rot“-grün wäre keine sozialistische Regierung, weder SPÖ noch Grüne stehen für eine sozialistische Politik, aber besser als blau-schwarz wäre das allemal. Für ImmigrantInnen wäre das Leben leichter, gerade die Grünen stehen doch für eine

Wer blau-schwarz stürzen will muss selbst aktiv werden
- „rot“/grün wählen hilft dabei nicht wirklich!



anti-rassistische Politik. Frauenfragen werden von beiden Parteien als zentral bewertet, sexuelle Minderheiten bekämen endlich Rechte! Wäre das alles tatsächlich so oder sind das nicht eher Hoffnungen, die allerdings jeder Basis entbehren? Wo immer es auf Regierungsebene „rot“-grüne Zusammenarbeit gab und gibt – egal ob in Koalitionen wie in Deutschland, Frankreich, Italien oder als parlamentarische Unterstützung ohne Regierungs-beteiligung wie in Finnland – betrieben diese Regierungen Sozialabbau und setzten die rassistische Immigrationspolitik fort. In Frankreich fand unter der „linken“ Regierung eine Privatisierungswelle statt, in Deutschland werden ImmigrantInnen nach wie vor abgeschoben. Aber, werden Sie sagen, die österreichi-

anti-rassistische Politik. Frauenfragen werden von beiden Parteien als zentral bewertet, sexuelle Minderheiten bekämen endlich Rechte! Wäre das alles tatsächlich so oder sind das nicht eher Hoffnungen, die allerdings jeder Basis entbehren? Wo immer es auf Regierungsebene „rot“-grüne Zusammenarbeit gab und gibt – egal ob in Koalitionen wie in Deutschland, Frankreich, Italien oder als parlamentarische Unterstützung ohne Regierungs-beteiligung wie in Finnland – betrieben diese Regierungen Sozialabbau und setzten die rassistische Immigrationspolitik fort. In Frankreich fand unter der „linken“ Regierung eine Privatisierungswelle statt, in Deutschland werden ImmigrantInnen nach wie vor abgeschoben. Aber, werden Sie sagen, die österreichi-

anti-rassistische Politik. Frauenfragen werden von beiden Parteien als zentral bewertet, sexuelle Minderheiten bekämen endlich Rechte! Wäre das alles tatsächlich so oder sind das nicht eher Hoffnungen, die allerdings jeder Basis entbehren? Wo immer es auf Regierungsebene „rot“-grüne Zusammenarbeit gab und gibt – egal ob in Koalitionen wie in Deutschland, Frankreich, Italien oder als parlamentarische Unterstützung ohne Regierungs-beteiligung wie in Finnland – betrieben diese Regierungen Sozialabbau und setzten die rassistische Immigrationspolitik fort. In Frankreich fand unter der „linken“ Regierung eine Privatisierungswelle statt, in Deutschland werden ImmigrantInnen nach wie vor abgeschoben. Aber, werden Sie sagen, die österreichi-

anti-rassistische Politik. Frauenfragen werden von beiden Parteien als zentral bewertet, sexuelle Minderheiten bekämen endlich Rechte! Wäre das alles tatsächlich so oder sind das nicht eher Hoffnungen, die allerdings jeder Basis entbehren? Wo immer es auf Regierungsebene „rot“-grüne Zusammenarbeit gab und gibt – egal ob in Koalitionen wie in Deutschland, Frankreich, Italien oder als parlamentarische Unterstützung ohne Regierungs-beteiligung wie in Finnland – betrieben diese Regierungen Sozialabbau und setzten die rassistische Immigrationspolitik fort. In Frankreich fand unter der „linken“ Regierung eine Privatisierungswelle statt, in Deutschland werden ImmigrantInnen nach wie vor abgeschoben. Aber, werden Sie sagen, die österreichi-

EINE KURZFRISTIGE „LÖSUNG“

Trotzdem sehen viele Menschen „rot“-grün als eine Alternative und haben Hoffnungen das eine Regierung – egal ob Stadt- oder Bundesregierung – vieles anders machen würde. Wer „rot“-grün will, erhofft sich in der Regel davon zwei-erteil: Eine Politik, die sozialer und immigrantInnenfreundlicher ist, als jene von blau-schwarz und eine Schwächung von blau-schwarz. Beides wird längerfristig nicht erfolgreich sein. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die eine oder andere unterstützenswerte Maßnahme von „rot“-grün gesetzt werden würde. Insgesamt aber würde sich eine solche Koalition aber weder von der bisherigen SPÖ-Politik, noch von ihren internationalen Gegenstücken wesentlich unterscheiden. Es regieren Sachzwänge, und diese werden von der Wirtschaft diktiert. Wer nicht bereit und fähig ist, die ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendliche und ImmigrantInnen zur Umsetzung seiner/ihrer Ziele zu mobilisieren, dessen/deren Forderungen bleiben Lippenbekenntnisse, in der Praxis kommt es zu vorrausweisendem Gehorsam. Bei der Sozialdemokratie dient Mobilisierung längst nur mehr der Huldigung der Parteispitzen und auch die Grünen haben sich auf parlamentarische Arbeit (egal ob in Bezirks- oder Gemeinderäten, oder im Parlament) verlegt. Aber was dann? Muss man/frau nicht „rot“/grün wählen, um schlimmeres zu verhindern? Längerfristig wird damit nichts verhindert, in Deutschland hat unter „rot“-grün der rassistische und faschistische Terror zugenommen, an der Abschiebepraxis hat sich nichts geändert. Eine dubiose „Zivilgesellschaft“ kann Rassismus nicht überwinden. Moralische Appelle a la Schröder können hier nicht Einhalt gebieten, weil die Zunahme rechter Ideen soziale Ursachen hat. Solange soziale Probleme zu – statt abnehmen wird rechte Propaganda auf fruchtbaren Boden fallen. „Rot“-Grün kann und würde/wird die Erwartungen nicht erfüllen – eine Stimme für „rot“-grün ist eine verlorene Stimme.

GIBT ES EINE ALTERNATIVE?

Taktisch wählen – „rot“/grün um blau-schwarz zu verhindern – entpuppt sich rasch als Sackgasse. Auf der Wahlbene

ist eine Stimme links von SPÖ und Grünen eine Alternative, die allerdings auch Symbolcharakter hat. Eine Stimme für die SLP (leider nur im 5. Bezirk und im Wahlkreis Zentrum 1, 4, 5, 6 möglich) ist aber v.a. auch eine Möglichkeit, um den Wunsch nach Veränderung auszudrücken. Aber die SLP steht für „Solidarität und Sozialismus“ und bietet darüber hinaus tatsächliche Lösungen für das Problem blau-schwarz bzw. Sozialabbau und Rassismus an. Das die FPÖ so stark werden konnte liegt in der Politik der SPÖ der vergangenen Jahrzehnte, die sie auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen betrieben hat. Ein weiterer wichtiger Grund ist das Fehlen einer starken, linken Alternative. Wer zurecht wütend auf die SPÖ war, drückte seinen/ihren Unmut häufig mit einer Stimme für die FPÖ aus. Die FPÖ hatte und hat einen hohen Anteil an ProtestwählerInnen. Um auf die Politik von blau-schwarz entscheidend und mit ernsthaften und effektivem Widerstand antworten zu können braucht es eine neue ArbeiterInnenpartei. Die FPÖ ist das ohnehin nicht, die Grünen ebenfalls nicht, die SPÖ nicht mehr. Eine solche mitaufzubauen ist eines der Ziele der SLP. Auch wenn es „rot“-grün geben sollte, bedeutet das zwar kein Ende von Sozialabbau und Rassismus, aber das Ende vieler Hoffnungen. Auch damit diese Menschen, die sich von einer Regierung aus SPÖ und Grünen eine andere Politik erwarteten, sich nicht frustriert ins Privatleben zurückziehen, ist eine kämpferische Partei notwendig. Die SLP ist nicht diese neue ArbeiterInnenpartei. Aber sie ist eine Partei, die nicht nur weis wegogen sie ist – Rassismus, Sexismus und Sozialabbau – sondern auch, wofür sie ist – für Solidarität und Sozialismus. Die SLP steht nicht für Stellvertreterpolitik. Den Kapitalismus kann man nicht durch das eine oder andere Gesetz grundlegend verändern, wir stehen für einen Sturz des Kapitalismus. Wer etwas verändern will (von „AusländerInnen in die Gemeindebauten“ über „kämpferische Gewerkschaften“ bis „eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“) muß selbst aktiv werden – eine Stimme für die SLP ist ein erster Schritt, der viel wichtiger ist es aber, mit uns aktiv zu werden.



„Rot“-Grün in Deutschland: Keine Hoffnung, sondern Drohung!

schon Grünen sind anders, immerhin waren die NICHT für das Nato-Bombardement wie ihre deutschen KollegInnen. Die deutschen Grünen haben sich ebenso von ihren ureigensten Prinzipien – Anti-AKW, Antimilitarismus – getrennt, der Weg der auch für Österreich vorgezeichnet ist. Die Frage des Nato-Bombardements war für die österreichischen Grünen ebenfalls ein Knackpunkt. Es gab zwar keine offene Unterstützung der Partei, aber auch keine Ablehnung. Innerhalb der Grünen führte das zu einer Spaltung: In jene die aus Pragmatismus, mit dem Ansatz „die Grünen sind das kleinere Übel“, blieben. Und in jene, für die damit ein Punkt überschritten war wo die Grüne Partei eine Partei wie alle anderen geworden war und nicht mehr als neues linkes Projekt gesehen wurde. Viele, wie eine Gruppe um den Oberösterreichischen Nationalrats-Kandidaten Boris Lechthaler zog daraus den Schluß, die Grünen zu verlassen.

und ihn nur ökologisieren will (und sich hier bei Wirtschaftsfragen ideologisch nah bei den Liberalen befindet, die sich ihrerseits nah beim Wirtschaftsprogramm der FPÖ befinden) gibt es zweifellos jene, die gegen die neoliberalen Auswüchse sind. Aber auch für sie ist das Problem die Umsetzung des Kapitalismus nicht der Kapitalismus selbst. Und auch Ihnen fehlt ein „Klassenstandpunkt“. Also die Erkenntnis, dass wir in einer Klassengesellschaft leben, dass Kapital und Arbeit (Unternehmer und ArbeitnehmerInnen) NICHT die gleichen Interessen haben und folglich auch Veränderungen nicht gemeinsam, sondern nur gegeneinander erreichen können. Selbst die ehrlichsten und linkesten Grünen/SozialdemokratInnen können dem Druck, der von Seite der Kapitalisten auf sie ausgeübt wird nicht standhalten, solange sie nicht mit diesem System brechen. Wer den Kapitalismus akzeptiert muss letztlich auch seine



Sonja Grusch, 30, gelernte Scheiderin, studierte Volkswirtschaft und kandidiert für die SLP.

Jugend gegen FPÖ

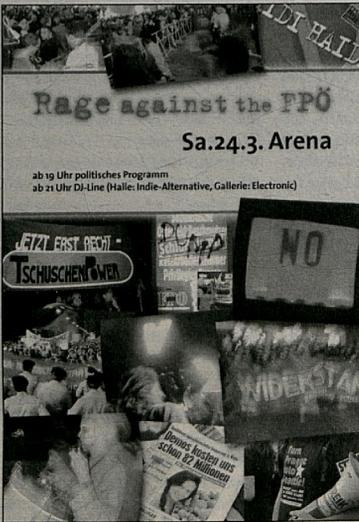
Rage against the FPÖ

Am 24. März veranstaltet die SAP (SchülerInnenAktionsPlattform) gemeinsam mit der AL (Antifaschistische Linke) ein Fest in der Arena unter dem Motto: Rage against the FPÖE.

VON MARIA HÖRTNER
SLP WIEN MITTE

Neben verschiedenen DJ's, die in 2 Hallen auftreten werden (unter anderem auch DJ's aus dem stark unter FPÖ-Beschuß stehenden Kunstwerk), wird es zum Einklang eine politische Veranstaltung geben. Thema: smash kapitalism! Smash the FPÖE! Der zentrale Punkt der Veranstaltung besteht darin, daß es nicht ausreichend "nur" gegen die FPÖ oder andere etablierte Parteien zu kämpfen.

Bewegung und die zahlreichen StudentInnenbewegungen oder in den 80'ern die Punks mit ihren Hausbesetzungen. Ein Fest muß nicht unpolitisch sein! Markus Zaharadnik, einer der Organisatoren des Festes, meint dazu: „Es ist sehr schade, daß die Linke Jugendkultur in den letzten Jahrzehnten so abgenommen hat. Wir wollen mit unserem Fest ein Zeichen setzen und beweisen, daß ein politischer Hintergrund wichtiger ist als bloßes Profitinteresse.“



„Rage against the FPÖ“ nach einem langem Wahlkampf gibt es Grund zum Feiern

Um Rassismus, Sexismus und Sozialabbau wirklich effizient abzuschaffen, muß man/frau das Übel an der Wurzel packen und dagegen ankämpfen: den Kapitalismus. Die wahren Gegensätze liegen nicht zwischen Weiß und Schwarz oder Mann und Frau, die Kluft zwischen Arm und Reich ist die wesentliche, die alle Probleme verursacht. Darüber zu diskutieren ist das Hauptziel der Diskussionsveranstaltung. Seit den 90'er Jahren gibt es im wesentlichen keine linke Jugendkultur mehr. Anders als zum Beispiel '68 die Hippie-

Rage against the FPÖ

SAMSTAG 24.3.
WIEN 3, ARENA

Die JRE-Treffpunkte:

SAP: Jeden Montag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.
JRE: Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
JRE: Jeden Freitag um 19.00 Reigen, Hadikgasse U4-Hitzing

Die SLP tritt an

Der total andere Wahlkampf

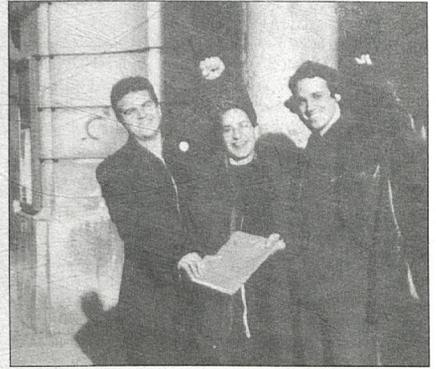
Die SLP tritt bei den Wiener Bezirks- und Gemeinderatswahlen an. Die SLP ist die einzige revolutionäre, sozialistische Partei, die zur Wahl steht. Ein Umstand der sich auch in unserem Wahlkampf widerspiegelt. Er unterscheidet sich in allen wesentlichen Bereichen von den Wahlkämpfen der etablierten Parteien.

VON IRENE MÜLLER, SLP WIEN SÜD

Der Sozialistischen Linkspartei geht es nicht darum, nur möglichst viele Stimmen zu bekommen. Dementsprechend anders gestaltet sich auch unser Wahlkampf. Bei uns stehen keine bezahlten Wahlkampf helferInnen herum die Kullis, Feuerzeuge und Luftballons austeilten. Wer mit uns wahlkämpft, teilt unsere Ideen und erhält keinen Schilling. Wir haben keine unpolitischen Plakaten deren einzige Aussage sich darauf bezieht, wie toll der/die SpitzenkandidatIn ist sondern auf unseren Plakaten steht "Für Solidarität und Sozialismus". Für uns bedeutet dieser Wahlkampf eine Möglichkeit mit unseren Ideen und Überzeugungen eine breite Schicht von Menschen zu erreichen. Das bedeutet, dass wir mit unserem Material auch selbst auf der Straße stehen und dort mit den Leuten über unser Programm und unsere Ideen diskutieren. Eine unserer wichtigsten Publikationen in diesem Wahlkampf, ist unser Wahlkampfmanifest. Es enthält unsere wichtigsten Forderungen und Überzeugungen und ist - wie unser ganzer Wahlkampf - nicht darauf ausgerichtet bei einer Mehrzahl der WählerInnen "gut anzukommen". Für die populistischen Forderungen, die auf Grundlage von Meinungsumfragen ("wer wählt uns noch nicht und muss folglich bedient werden") sind die restlichen Parteien zuständig. Unsere Forderungen bleiben die gleichen, ob Wahlkampf oder nicht. Unter anderen die Forderungen nach Wahlrecht für alle in Österreich lebenden Menschen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr, und die Öffnung der Gemeindebauten für ImmigrantInnen. Beides Bevölkerungsgruppen die nicht wählen dürfen, aber insbesondere Jugendliche sind in unserem Wahlkampf aktiv. Entsprechen besteht unsere KandidatInnenliste nicht aus einer Handvoll "schöner Menschen", sondern aus einem Team von Menschen - Mitglieder und Nichtmitglieder - die für sozialistische Ideen eintreten. Auch wenn sie (noch) nicht wahlberechtigt sind. Denn auch

Menschen unter 15 und/oder ImmigrantInnen haben das Recht für ihre Interessen einzutreten. Auch unser

SLP-Spitzenkandidatin
Sonja Grusch,
SLP-Wahlkampfleiter
Michael Gehmacher und
SLP-Jugend-
sprecher Ken
Horvath beim
Einreichen der
Unterstützungs-
erklärungen



Wahlkampfmanifest wurde nicht von einer kleinen „Parteispitze“, geschrieben, wie es bei anderen Parteien üblich ist. Es wurde von allen Mitgliedern diskutiert und auch beschlossen.

DER SLP GEHT ES ALSO NICHT NUR UM STIMMEN - UM WAS GEHT ES DANN?

Die Sozialistische Linkspartei ist eine Partei, die aktiv für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendlichen und ImmigrantInnen kämpft. Doch nur gemeinsam können wir unsere Interessen auch durchsetzen. Deswegen fordern wir dazu auf, selbst aktiv zu werden anstatt darauf zu hoffen dass sich doch noch eine Partei dazu entschließt Politik im Interesse aller, anstatt nur für Reiche und Unternehmer zu machen. Denn das wird nicht passieren. Unsere Interessen werden erst dann umgesetzt werden, wenn wir sie uns gemeinsam und aktiv erkämpft haben!

WAS HABEN WIR SCHON ERREICHT?

Wie alle Parteien die nicht im Nationalrat vertreten sind, mußten auch wir die "50-Unterschriftenhürde" auf Bezirksebene und 100 Unterschriften für einen Wahlkreis erreichen. Diese undemokratische Hürde (die 50 bzw. 100 Menschen

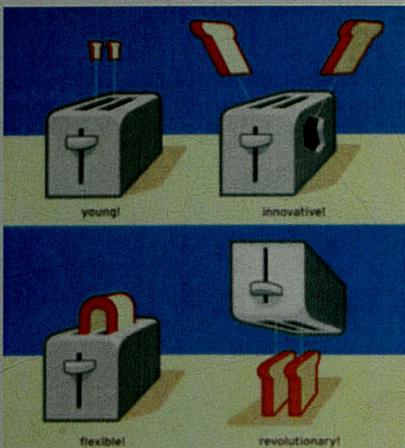
müssen 1) wahlberechtigt sein 2) im entsprechenden Bezirk Hauptgemeldet sein und 3) innerhalb einer Frist auf Bezirksamt gehen und eine Unterschrift leisten) haben wir dennoch genommen. Schon nach einenhalb Wochen hatten wir die Unterschriften für die Bezirksratswahlen und am 19. Februar, 9 Tage vor

Ablauf der Frist auch die Unterschriften für die Gemeinderatswahlen zusammen. Das Erreichen dieser Hürde war bereits der erste und ein sehr wichtiger Teil unseres Wahlkampfes. Schließlich ist es nicht alltäglich, daß eine 15jährige SchülerIn einen Pensionisten vor dem Bezirksamt anspricht und überzeugt, für die SLP eine Unterstützungserklärung zu unterschreiben. Die Grünen fragen "Was bringt der Frühling?" - wir antworten: den sozialistischen Wahlkampf der Sozialistische Linkspartei im 5. Bezirk und im Wahlkreis Zentrum (1., 4., 5., und 6. Bezirk) an.



DAS WAHLKAMPFMANIFEST: ZUSENDUNG NACH ÜBERWEISUNG VON MINDESTENS ATS 17.-

Keine Abo-Karte mehr?



VORWÄRTS
DAS ABO

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltun

punkte:

woch um 19 Uhr
gasse 8
nstag um 19.00
3, Ecke
ng.
hr
rg. 31
eitag um 19 Uhr
ägerstr. 38
19.00, Club
erg. 14
E: jeden 3.
00,

MITSCH:

im Monat, 19.30
, Payerg. 14
(nur für Frauen)
im Monat, 19.00
gasse 8

Die SLP-Aktivitäten im März:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

- 6.3. "VERGESELLSCHAFTUNG STATT PRIVATISIERUNG" SLP WIEN SÜD
- 6.3. "INTERNATIONALER FRAUENTAG" AKTION DES FRAUENTAMMTISCHES AM SIEBENTBRUNNENPLATZ (WIEN 5)
- 8.3. INTERNATIONALER FRAUENTAG - DEMONSTRATION
- 9.3. "KONSEQUENTE FRAUENPOLITIK = SOZIALISTISCHE FRAUENPOLITIK" SLP WIEN NORD
- 12.3. "FRAUENPOLITIK NACH EINEM JAHR BLAU-SCHWARZ" SLP-FRAUENTAMMTISCH
- 13.3. "WEN WÄHLEN IN OTTAKRING?" SLP WIEN WEST
- 14.3. "ABTREIBUNG IST FRAUENRECHT" MIT THERESE BEHAM VON DER MAIRO-ABTREIBUNGSKLINIK, SLP WIEN MITTE
- 18.3. "GEWERKSCHAFTLICHE KAMPFFORMEN" SLP-SONNTAGS-OG
- 19.3. "WAHLRECHT FÜR ALLE" AKTIONSTAG IM 5-BEZIRK
- 20.3. "IMMIGRANTINNEN IN WIEN" MIT DER BDFA, SLP WIEN SÜD
- 21.3. "GEWERKSCHAFTEN IM WIDERSTAND" SLP WIEN MITTE
- 24.3. 9-10.00 KUNDGEBUNG VOR DER MAIRO-KLINIK, 2; GROSSE SPERLGASSE 33
- 24.3. AB 14.00 ABSCHLUSSKUNDGEBUNG DES SLP-WAHLKAMPFES, WIEN 5, SIEBENTBRUNNENPLATZ

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, 19 Uhr, Ballhausplatz

Neuigkeiten

aus dem CWI

Irland

Gegen Niedriglöhne

Irland ist zwar der „keltische Tiger“ und verzeichnet Rekordgewinne, aber die Löhne und Gehälter der Beschäftigten sind immer noch niedrig. Viele Unternehmer zahlen sogar unter dem staatlichen Mindestlohn, der mit 65 ats pro Stunde ohnehin äußerst mager ausfällt (bei 40 Stunden pro Woche wären das im Monat 11.200 brutto!) und nicht einmal für Jugendliche gilt. Die Socialist Party, die irische Schwesterpartei der SLP, führt seit längerem die Kampagne „End Low Pay“ („Schluß mit den Niedriglöhnen“) in Süd- und Nordirland durch. Sehr erfolgreich, denn viele Unternehmer haben nachdem die SP bekannt gemacht hat, wie wenig sie zahlen, die Löhne erhöht. Die Socialist Party fordert aber auch eine Erhöhung des staatlichen Mindestlohnes auf 5 Pfund (= 88 ats), und dass dieser auch für Jugendliche gilt und hat dafür bereits über 30.000 Unterschriften gesammelt.

Deutschland

Gegen Privatisierung

Die „rot“-grüne Regierung in Deutschland hat sich die Privatisierung auf die Fahnen geheftet. So soll z.B. in Kassel das Klinikum privatisiert werden. 1992 hatte die SPD noch versprochen, es werde nur in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt, nun erinnert man sich daran nicht mehr. Konkret bedeutet das die Kürzung der Gehälter bei Neueinstellungen um 13 %, 15 % weniger Ausbildungsplätze und ein größeres Arbeitspensum für weniger Geld. Der frühere Amtsleiter ist für die Privatisierung – logisch, er verdient nun als Geschäftsführer 2,6 Millionen ats pro Jahr. Bereits im November haben sich auf einer Betriebsversammlung die über 1000 TeilnehmerInnen gegen die Pläne ausgesprochen. Steffi Nitschke, ÖTV-Vertrauensleutsprecherin und Mitglied der deutschen Sektion des CWI, ist massgeblich an der Organisation der Demonstration am 3.3., gemeinsam mit Beschäftigten aus anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes, beteiligt. Auch die ÖTV hat im Klinikum dank der kämpferischen Kampagne Zulauf bekommen – seit ihrem Beginn vor einem Jahr über 100 neue Mitglieder. Das beweist auch, dass die Zeiten der Gewerkschaften nicht vorbei sind – höchstens die von angepaßten, nicht-kämpferischen Gewerkschaften.

Portugal

Gegen Kündigungen

C&J Clark, einer der größten Schuhhersteller international. Zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen erhält das Unternehmen Gelder der EU, sowie von nationalen und lokalen Regierungen. Trotzdem wurde nun 368 der 433 Beschäftigten im Werk in Arouca/Portugal mitgeteilt, dass es ihren Job nicht mehr gäbe. Das Unternehmen zahlt zwar miserable Löhne, ist aber in der Region der wichtigste Arbeitgeber, die Kündigungen sind eine Katastrophe. Alternativa Socialista, die portugiesische Schwesterorganisation der SLP unterstützt die KollegInnen in ihrem Kampf und bittet um Solidarität unter: alternativasocialista@clix.pt

Israel/Palästina

Flächenbrand im Nahen Osten?

Dem seit September 2000 andauernden Massenaufstand der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten folgen die Krise der herrschenden israelischen Politik, allgemeine Instabilisierung und steigende Kriegsgefahr in und um Israel/Palästina.

VON FRANZ BREIER JUN.
SLP WIEN-MITTE

Die israelischen Neuwahlen im Februar brachten jenen Ariel Sharon an die Macht, dessen Provokationen die gegenwärtige militärische Krise auslösten. Jener Sharon, der als Befehlshaber für Massaker an der Zivilbevölkerung und Flüchtlingen 1953 in der Westbank, 1971 in Gaza und 1982 im Libanon-Krieg berüchtigt ist. Sein Sieg wird von den PalästinenserInnen in- und außerhalb Israels als Kriegserklärung gesehen.

ALTERNATIVEN?

Binnen einhalb Jahren verwandelte sich Baraks 12%-Vorsprung auf Sharons Vorgänger in einen 25%-Rückstand. Die Wahlbeteiligung sank auf ein Rekordtief von 58%. PalästinenserInnen gingen nur zu 16% wählen, ein Viertel davon ungültig. Der Wahlkampf selbst polarisierte nicht. Es war eine Wahl gegen die bisherige Regierung Barak mit ihren großen Versprechungen von Friede und sicherer Arbeit. Kein Versprechen hielt. Im Gegenteil: Die wirtschaftlichen Probleme der letzten Jahre wurden auf die ArbeiterInnenklasse abgewälzt. Das unwiderrufliche Ende des "Friedensprozesses" tut sein übriges. Auch Teile der jüdischen ArbeiterInnenklasse wählen Sharon als Reaktion darauf, als "starken Mann" in stürmischer Zeit. Eine linke internationalistische Alternative gibt es

derzeit nicht. Der Preis ist ein Rechtsruck und wachsende nationale Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft. In den letzten Jahren entstandenes Klassenbewußtsein der jüdischen israelischen ArbeiterInnenenschaft (erfolgreiche Streikbewegungen) erlitt in den letzten Monaten Rückschläge. Nationalismus überdeckt ihn zusehends. Die Kriegsgefahr weitet die Gräben. Die arabischen Bevölkerungsteile in Israel werden zur Zielscheibe rechter Aggression. Mittelfristig könnte ein offener militärischer Konflikt zum Bürgerkrieg mit "bosnischen" Dimensionen führen. Israel befindet sich in einer Periode schwerer politischer Krisen. Die herrschende Klasse hat (eine mögliche "Große Koalition" hin oder her) keinen Plan, in ihrem Sinne zu stabilisieren.

Andererseits kann eine Kriegssituation Teile vor allem der Jugend gegen dieses System radikalisieren und nach echten Alternativen suchen lassen. Für die Mehrheit der israelischen Jugend sieht die soziale Zukunft düster aus; hinzu kommt die Gefahr, als "Kanonfutter" zu enden. Für die arabische Jugend ist die Intifada ohnehin ein Kampf auf Leben und Tod. SozialistInnen kämpfen konsequent für ein Miteinander in dieser Auseinandersetzung.

TERROR WÄCHST

Israels Terror gegen die Flüchtlinge und Massen in den besetzten Gebieten hat



Die Intifada II - diesmal mit Unterstützung der PalästinenserInnen in Israel



"Ich wasche meine Hände in Unschuld" wird Sharon wohl kaum sagen können!

sch verschärft: Die Energie-Versorgung wurde abgedreht, zigttausenden ArbeiterInnen Ein- und Ausreise verboten, Löhne werden zurückgehalten. Dieser Würgegriff soll den Widerstand brechen. Die PalästinenserInnen sind solchen Zuständen seit Jahrzehnten ausgesetzt. Ihr Befreiungskampf ist berechtigt und verständlich, der Aufstand die Folge eines gestiegenen Bewußtseins.

Die Stärke rechter religiöser Kräfte kann nur durch die Bewegung selbst überwunden werden. Denn sie ist ein Hemmschuh für die PalästinenserInnen. Die Terrorpolitik von Hamas und Teilen der Fatah (PLO-Fraktion) beschleunigt die Spirale von Nationalismus und Spaltung. Diese Spaltung von der (jüdischen) israelischen Arbeiterklasse ist ein Grund für die Stärke der rechten "Hardliner" in Israel/Palästina.

ARABISCHE BRÜDER?

Die USA erreichte mit dem kürzlichen Luftschlag gegen den Irak das Gegenteil von "Stabilisierung". Bush jr. agiert derzeit selbst aus Sicht des Imperialismus als Elefant im Porzellanladen. Es verstärken sich die Frontenbildung arabischer Staaten gegen den US-Vorposten Israel und Massenproteste in der gesamten arabischen Welt. Saddam & Co. sind reaktionäre Regimes (egal ob pro- oder anti-USA), aber sie stehen alle unter wachsendem Druck in ihren Ländern - vor allem die "pro-westlichen". Wirtschaftliche und soziale Probleme konzentrieren

den politischen Sprengstoff. Für den Kampf der PalästinenserInnen bergen die Umarmungsversuche durch S. Hussein auch eine große Gefahr: Den arabischen Herrschern inklusive der "Autonomie"-Behörde von Arafat geht es um strategische Überlegungen und ihren eigenen Machterhalt. Die PalästinenserInnen haben dennoch potentiell mächtige Bündnispartner mit den gleichen sozialen Interessen: Die ArbeiterInnenklasse und armen bäuerlichen Schichten in allen Ländern.

SOZIALISTISCHE FÖDERATION

Der Ausweg besteht in der Entwicklung von Bewegungen der Massen selbst. Sie müssen Unabhängigkeit von den herrschenden reaktionären Kräften gewinnen und eine internationale Lösung anstreben. Nur die unterdrückten Schichten, geführt von der ArbeiterInnenenschaft, können ernsthaft Friedens-Verhandlungen führen. Ihre sozialen Interessen stehen sich nicht entgegen. Die Massen wollen den Krieg nicht. Wenn es in Zukunft keine solche Alternative gibt, werden jedoch die kapitalistischen Kriegstreiber weiterhin von der Verschärfung der Situation profitieren. Daher arbeitet unsere Internationale und Schwesterorganisation in Israel/Palästina am Aufbau einer revolutionären Kraft. Für ein unabhängiges sozialistisches Palästina UND ein sozialistisches Israel als Teile einer freiwilligen Föderation des Nahen und Mittleren Ostens.

Philippinen

Volk an der Macht?

Ein korrupter und unfähiger Präsident – Estrada von den Philippinen – wurde durch eine Massenbewegung auf den Straßen aus seinem Amt entfernt. Erneut hat sich gezeigt, dass besonders Massenaktionen Regierungen stürzen können. In Folge Auszüge aus einer Stellungnahme des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (Vollständiger Text unter www.slp.at).

Der alternde Filmstar Estrada war erst im Mai 1998 auf Grundlage populistischer Versprechen mit großer Mehrheit gewählt worden. Innerhalb kurzer Zeit wurde aber klar, dass sich zwar die Person an der Spitze geändert hatte, aber Schmiergelder und Günstlingswirtschaft – der Fluch von Kapitalismus und Politik der Philippinen – weitergingen, verwickelt.

ABSACKEN DER WIRTSCHAFT

Weil Steuern nicht mehr eingehoben wurden und ausländische Investitionen zurückgingen, sank der Peso auf ein Rekordtief und das Haushaltsdefizit stieg auf 2,5 Milliarden Dollar. Die Arbeitslosigkeit

kletterte auf 14%, ein Niveau, das es seit Marcos Tagen nicht mehr gab. (Auch der ehemalige Präsident Marcos wurde 1986 aufgrund seiner Korruptionswirtschaft 1986 durch eine Volksbewegung gestürzt). Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich auf rund 2%. In den sechziger Jahren war die philippinische Wirtschaft die noch nach Japan am schnellsten wachsende. Nun wurde sie zu einem Schlußlicht in Asien.

AMTSENTHEBUNGSVERFAHREN

Mitte Oktober leitete der Senat zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein Amtsenthebungsverfahren gegen

einen Präsidenten ein. Die Anklagepunkte waren: Korruption und Amtsmissbrauch. Die Massenbewegung zum Sturz Estradas bekam am 17. Jänner neuen Schwung. Der Grund dafür das Scheitern des Amtsenthebungsverfahrens nach nur 23 Tagen trotz zahlreicher Enthüllungen über versteckte Firmen des Präsidenten und Veruntreuungen zahlreicher Regierungsmittel.

MASSENMOBILISIERUNG GEGEN

KORRUPTION

Demonstrationen wurden organisiert, um Estradas Rücktritt zu fordern. In der 3. Jännerwoche besetzten bis zu 700.000 Menschen die Hauptstraße im Zentrum von Manila. Schon Ende letzten Jahres wurde über eine Reihe von Streiks gegen Estrada berichtet und nun für den 22.1. ein dreitägiger Generalstreik geplant. Vielleicht war es gerade die Furcht, dass

dieser Teil der Gesellschaft in den Kampf tritt und die Möglichkeit, dass die ArbeiterInnen den Kampf weiter tragen, die die militärische und politische Elite der Philippinen dazu brachte, der Sache am 19.1. schnell zu Ende zu bringen. Der Mann, der das höchste Amt im Staate ausübte, hatte jetzt keinen einzigen Verbündeten in Politik und Staatsapparat mehr. Die Vizepräsidentin Arroyo (jetzige Präsidentin, Anm. Red) ist Befürworterin der Umsetzung der IWF-Diktate, die die Öffnung der Wirtschaft für ausländische Ausbeutung einschließen. Arroyo spielte eine zentrale Rolle dabei, ihr Land in die WTO zu führen, mit verheerenden Folgen für Teile der Ärmsten der Gesellschaft. Die kapitalistische Klasse kann erleichtert aufatmen, aber nicht für lange; die philippinischen ArbeiterInnen und Jugendliche verdienen Besseres als das, der nächste Kampf beginnt schon jetzt.

Frauen in die Offensive!

In Bezug auf Frauen bzw. das Frauenbild der blauschwarzen Regierung zeigen sich zwei Ebenen. Auf der einen Seite werden einfach frauenpolitisch reaktionäre Maßnahmen gesetzt. Beispiele dafür sind die Wiedereinführung der gemeinsamen Obsorge, die neuerliche Infragestellung der Fristenlösung und die Einführung des „Karenzgeldes für Alle“ anstatt z.B. die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze. Auf der anderen Seite kam und kommt es zu einem generell verstärktem Sozialabbau, der insbesondere sozial Schwache und damit wiederum Frauen in besonderem Ausmaß trifft.

VON BARBARA FRÖSCHL,
SLP – WIEN NORD

Dabei nützt die Regierung den Sozialabbau, um ihre reaktionären ideologischen Vorstellungen zu verwirklichen. Begründet wird das Ganze dann mit der angeblichen Notwendigkeit eines Nulldefizits. So betrifft die Kürzung des Alleinerdieners(Innen)absatzbetrags, aufgrund der leider noch immer vorhandenen Zuständigkeit der Frauen für die Betreuung und Erziehung der Kinder, in überwiegenden Ausmaß Frauen. Gerade Alleinerzieherinnen und in noch besonders härterem Ausmaß sind arbeitslose Alleinerzieherinnen davon betroffen. Diese Maßnahme passt nur allzu gut zum Familien- und Frauenbild von ÖVP und FPÖ. Es wird zwar die ganze Zeit von „Familienförderung“ gesprochen, gefördert werden, aber wenn überhaupt nur jene Familien, die von der Regierung als „richtige“ oder „normale“ Familien (sprich Mutter- Vater- Kind oder Kinder) anerkannt werden. Wenn sie, wie Alleinerzieherinnen, Homosexuelle, u.s.w., diesem Bild nicht entsprechen, dann werden sie auch nicht „gefördert“. Perfekt wird der Zynismus wenn nach der Abschaffung des Frauenministeriums und der Einsetzung von Herrn Frauenministerin Haupt nun eine „männerpolitische Grundsatzabteilung“ eingerichtet wird.

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUF DEM RÜCKEN VON FRAUEN

Konkret zeigt sich die Stoßrichtung der Regierung anhand der Diskussion um die Ladenöffnungszeiten bzw. deren Ausweitung. Nicht umsonst ist der gerade der

Handel eine Branche, die von schlecht-bezahlter Frauenarbeit lebt. So betrifft jede Verschlechterung bei den Ladenöffnungszeiten wieder ganz besonders Frauen. Geht es nach Wirtschaft und Regierung sollen sie praktisch rund um die Uhr einsatzbereit sein – selbstverständlich ohne dafür Überstundenzuschläge zu bekommen. Damit noch nicht genug, ist es wiederum der Handel, in dem in den letzten Jahren atypische Beschäftigungsverhältnisse, die größtenteils nicht ausreichen, um davon leben zu können, explodiert sind.

REAKTIONÄRE FAMILIENPOLITIK

Ein anderes Beispiel dafür, wie wenig sich die Regierung für die Situation von Frauen interessiert, ist die Wiedereinführung der gemeinsamen Obsorge. Auch wenn sich das aufs Erste ganz nett anhören mag, zeigen Erfahrungen aus der Vergangenheit, dass die gemeinsame Obsorge von vielen Vätern primär dazu verwendet wurde ihre Ex-Frauen massiv unter Druck zu setzen. Frei nach dem Motto: Wenn sie nicht spurt oder zu viel Geld verlangt, dann wird eben eine wichtige Unterschrift verweigert. Die gemeinsame Obsorge macht Frauen mit Kindern auch nach einer Scheidung vom Wohlwollen ihres (Ex)Mannes abhängig.

INFRAGESTELLUNG DES RECHTS AUF ABTREIBUNG

Auch die neuerliche Diskussion um die Fristenlösung war und ist unter anderem davon geprägt. Frauen in ein verstärktes Abhängigkeitsverhältnis gegenüber ihren Männern zu drängen. So sollte laut „Frauen“minister Haupt Abtreibung



„Frauen auf die Barrikaden“ - vor, am und nach dem 8. März, dem internationalen Frauentag.

erstens nicht die alleinige Entscheidung der Frau bleiben und zweitens die Frist für die straffreie Abtreibung eines behinderten Kindes von neun auf drei Monate verkürzt werden. Wie genau, er speziell die erste Forderung umsetzen möchte ist zwar noch nicht klar. Klar ist jedoch, dass er Frauen das Recht abspricht, selbst zu entscheiden, was mit ihrem Körper passiert und sie entmündigt fähig zu sein, selbst über Dinge, die für sie und ihr Leben wichtig sind, zu entscheiden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, zu betonen, dass es in der Diskussion um die Fristenlösung, nicht nur um die Erhaltung des Ist-Zustandes gehen sollte. Vielmehr geht es auch darum, dass Frauen die sich für eine Abtreibung entscheiden diese ohne ökonomischen und moralischen Druck durchführen lassen können. Deshalb sind in diesem Zusammenhang wichtige Forderungen: Abtreibung auf Krankenschein, Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln sowie die Möglichkeit in jedem Krankenhaus Abtreibungen durchführen lassen zu können.

KONSEQUENTE FRAUENPOLITIK HEISST GEMEINSAMER KAMPF

Die Politik der schwarz blauen Regierung treibt Frauen in eine stärkere ökonomische Abhängigkeit zu Männern und erhöht den sozialen Druck der auf Frauen ausgeübt wird. Vielfach wird die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen erschwert bzw. unmöglich gemacht. Eine passende Antwort auf derart tiefgreifende Maßnahmen muss daher über rein moralische Appelle hinausgehen und kann nur im gemeinsamen Widerstand und Kampf von Frauen, ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen gegen diese Regierung bestehen.

KONSEQUENTE FRAUENPOLITIK HEISST SOZIALISTISCHE FRAUENPOLITIK

Frauenpolitik kann nie etwas Neutrales vom Rest der Gesellschaft und der ökonomischen Situation Losgelöst sein. So sagt die Anzahl von Frauen in politischen Funktionen nichts oder nur sehr wenig über die Inhalte einer Partei aus. Und so schließt eine Vizekanzlerin oder auch

eine Kanzlerin frauenfeindliche Politik nicht aus. Da Frauenunterdrückung nicht unabhängig von ökonomischer Ausbeutung ist, bedeutet für uns konsequente Frauenpolitik immer sozialistische Frauenpolitik.

SLP GOES
WORLD WIDE WEB!

Du findest unsere website unter:



www.slp.at

Die Sozialistische Linkspartei – Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.